

»EIN AN DIE WAND GENAGELTES SYMBOLDATUM«

EIN GESPRÄCH ÜBER ZÄSUREN, ZEITBÖGEN,
DIE KRISE DES FORTSCHRITTS UND DEN
NEOLIBERALISMUS

≡ Anselm Doering-Manteuffel

Bezogen auf das Jahr 1979 wird gelegentlich von einer »Zeitenwende« gesprochen, die damaligen Ereignisse sollen »Umbrüche in die Gegenwart« markieren. Wie ist der Blick des Zeithistorikers auf ein einzelnes, aus dem Geschichtsverlauf herausgelöstes Jahr? Wie sinnvoll erscheint dieser – zunächst – isolierte Blick auf eine Gesellschaft?

Das Jahr 1979 eignet sich sehr gut, um die vielfältigen Veränderungen, die sich von der Mitte der 1970er bis in die 1980er Jahre ereignet haben, konzentriert auf den Punkt zu bringen. Unter rein kalendarischen Gesichtspunkten ist das Jahr 1979 zwar nicht sonderlich interessant; aber als ein, wenn man so will, an die Wand genageltes Symboldatum, als Chiffre für einen grundlegenden Wandel halte ich das Jahr 1979 für sehr reizvoll. Denken Sie nur an den Einmarsch der UdSSR in Afghanistan, die islamische Revolution Khomeinis, den NATO-Doppelbeschluss und, etwas später zwar, nichtsdestotrotz in denselben Gesamtzusammenhang gehörend, 1981 die Ermordung des ägyptischen Präsidenten Anwar al-Sadat als Hoffnungsträger einer ägyptisch-israelischen Aussöhnung. Das Jahr 1979 beendete die nur relativ kurz währende liberale Ära der internationalen Beziehungen, die 1964/65 einsetzte und bis 1979/80 reichte. Begleitet wurde dieser Epochenbruch von weiteren ökonomischen und politischen Zäsuren, etwa der zweiten Ölpreisanhebung, verstanden als zweiter Ölpreisschock, und den Regierungsübernahmen von Margaret Thatcher in Großbritannien und Ronald Reagan in den USA, erstere 1979, letztere 1980. Sie waren und sind bis heute die politischen Protagonisten des sogenannten *Neo-Conservatism*, der in Europa später als Neoliberalismus bezeichnet und Karriere

machen wird. Nicht zuletzt bedeutet 1979 aber auch gesellschaftlich und innenpolitisch das Ende der liberalen Ära. 1977 erlebte die Bundesrepublik mit dem Deutschen Herbst die höchste Eskalationsstufe des RAF-Terrorismus, zugleich herrschte damals – noch – ein bisweilen blinder Glaube an den Fortschritt. Die Veränderungen um 1979 beenden die bis dahin gültige gesellschaftliche, politische sowie wirtschaftliche Fixierung auf das Mantra der Modernisierung. Ab 1980 wird von Fortschritt dann so gut wie überhaupt nicht mehr gesprochen. Parallel stieg bereits seit 1975 die Arbeitslosigkeit, gepaart mit zunehmender Inflation infolge der Ölpreiserhöhung und stagnierender Wirtschaftsleistung kommt es zur sogenannten Stagflation, also einer der keynesianischen Lehre entgegenstehenden Simultaneität von Inflation und Stagnation. Das gilt übrigens für die gesamte westliche Hemisphäre; die späten 1970er Jahre sind insofern ökonomisch geprägt von einer internationalen Stagflationskrise.

Was überwiegt denn im Rückblick: die deutschlandweiten oder die internationalen Veränderungsimpulse?

Im Umfeld dieses Datums bzw. Jahres 1979 zeigen sich weitestgehend internationale Krisenphänomene und Reaktionen auf den Wandlungsdruck in den Gesellschaften, mit Rückwirkungen auf innergesellschaftliche Befindlichkeiten. Lassen Sie mich den Zeitraum nochmals über das Jahr 1979 hinaus weiten: 1982/83 vollzieht sich, als gewissermaßen stereophone Ergänzung zu Thatcher und Reagan, der Übergang von der sozial-liberalen Regierung Helmut Schmidts zur konservativ-liberalen Regierung Helmut Kohls. Während die Regierung Schmidt noch im sozialliberalen Selbstverständnis des sogenannten sozialen Konsenses aufgehoben gewesen war, warf die Regierung Kohl diesen Konsens zwar nicht sofort und gänzlich über Bord; sie ließ aber einem dem Zeittrend entsprechenden Neoliberalismus bald ziemlich freie Bahn. Parallel hierzu setzte, korrespondierend mit der Krise des Fortschrittsdenkens, in den Medien eine unübersehbare und massive Klage ein über das Waldsterben. Die Debatte um den sauren Regen und das Waldsterben, genauer: die Forderung eines wirksamen Gegensteuerns, erlangte eine außerordentliche öffentliche Aufwertung – sie war kulturell von erheblicher Bedeutung. Und dann explodierte 1986 in der Ukraine der Tschernobyl-Reaktor! Kurzum: Fortschrittsdenken und Modernisierungspathos sind erst einmal suspendiert. Ulrich Beck wird später schreiben, die Moderne sei reflexiv geworden. Ich füge hinzu, um 1979 wird nicht zuletzt die Liberalisierung reflexiv – sowohl auf der Ebene der internationalen Beziehungen als auch innergesellschaftlich, wirtschaftlich,

milieukulturell. In der Bundesrepublik wenden sich die neuen sozialen Bewegungen nun verstärkt gegen die Überbeanspruchung von Ressourcen, Stichwort: Umwelt. Bis dahin sind sie auf Emanzipation und Liberalisierung aus gewesen, im Bereich von Verhaltensformen und Sexualität sowie im Generationenverhältnis. Seit 1979 stehen die Zeichen auf Restriktion, vor allem in den ökologischen Bereichen. Wir sollten auch nicht unterschätzen, dass Aids im Jahr 1980 ins Bewusstsein tritt. Von da an ist auf der Ebene des Sexualverhaltens außerhalb der Ehe, also in sonstigen partnerschaftlichen Verhältnissen, die Zeit der völlig selbstverständlichen emanzipativen Offenheit vorbei.

Vor dem Hintergrund des bisher Gesagten: Welche Bedeutung besitzt das Jahr 1979 im Vergleich zu anderen, ähnlichen Zäsuren? Was ist mit 1945, 1968, 1989?

Es hat einige Berechtigung, die Zeit nach 1945 mit Blick auf die west- ebenso wie auch die ostdeutsche Gesellschaft anhand einiger zentraler Wendejahre zu durchmessen. So bilden in beiden deutschen Staaten die Jahre 1957/58 einen tiefen Einschnitt: Mit der Durchsetzung der Jugendweihe wird in der DDR der protestantisch-bürgerliche Konfessionalismus marginalisiert und die sozialistische Gesellschaftsordnung endgültig installiert, während mit der absoluten Mehrheit Konrad Adenauers die Politik der Westintegration endgültig zur bundesrepublikanischen Staatsräson wird.

Als zweite Zäsur kann man 1979 nennen. Mit diesem Datum ist eine Epoche samt ihrer Selbstverständnisse und Selbstverständlichkeiten, insbesondere einem kontinuierlichen Aufschwung, niedriger Arbeitslosigkeit, steigenden Einkommen, gesellschaftlichen Liberalisierungen und politischer Entspannung, zu Ende gegangen. Etwas breiter gefasst, gilt für die Phase 1975–80 ganz grundlegend, so haben wir in unserem Forschungsprojekt »Nach dem Boom« herausgearbeitet, dass es sich um eine zentrale Umbruchphase im späten 20. Jahrhundert handelt: weg vom traditionellen, auf der Expansion des produzierenden Sektors basierenden System des Wirtschaftsaufschwungs, den Jahrzehnten des Wirtschaftswunders, hin zur Dominanz der Finanzindustrie und zum Durchbruch des Finanzmarktkapitalismus, der durch politische Interventionen kaum zu regulieren ist und sich mehr oder weniger autonom entwickelt. Ein drittes und letztes symbolisches Jahr ist 1995. Die Auflösung des Ost-West-Gegensatzes ist so weit fortgeschritten, dass die Ostblockländer jetzt der Finanzindustrie nicht nur ausgeliefert sind, sondern sich ihr auch selbsttätig anverwandeln, teils radikal. Der ebenfalls 1995 erfolgende Durchbruch der Digitalisierung – Stichwort: Internet – markiert so gesehen das Jahr des Durchbruchs der Globalisierung.

Das sind die drei Nachkriegszäsuren: 1957/58, 1979 und 1995. Es stellt sich vielleicht die Frage, wo 1968 bleibt. Aber ich halte den ganzen Hype um 1968 für völlig übertrieben. 1968 steht in einem funktionalen Verhältnis zur internationalen gesellschaftlichen Liberalisierung. Wenn schon, dann ist 1964 das treffendere Jahr. In diesem Jahr nimmt ein wichtiger Teil jener Prozesse an Fahrt auf, die in den Jahren 1975–80 ihren Abschluss finden.

Diese Zäsuren – 1957/58, 1979 und 1995: Stehen die nicht aber schief zu Ihren Zeitbögen, mit denen Sie jüngst den Geschichtsverlauf unterteilt haben?

Das stimmt.

In welchem Verhältnis stehen dann die Zeitbögen zu den genannten Zäsuren? Intuitiv würde man doch denken, eine Zäsur beginne oder beende einen Zeitbogen ...

Nein. Das Konzept der Zeitbögen bezieht sich ja nicht auf die Nachkriegsgeschichte, sondern auf das gesamte 20. Jahrhundert: von seinen Anfängen im späten 19. Jahrhundert bis zu seinem Ende in den Finanzmarktkrisen um das Jahr 2008 herum. Es geht mir darum, das Jahrhundert in seinen konstruktiven wie destruktiven Prozessen angemessen zu beschreiben, ohne immer nur auf die Zäsuren der im engen Sinne politischen Geschichte zu schauen, also 1914, 1918/19, 1933, 1945 usw. Diese Daten der Politikgeschichte schlagen nicht nur biografische Einheiten auseinander, sie schlagen auch und vor allem strukturelle Prozesse und kulturelle Dynamiken auseinander. So erklären sich die Zeitbögen, deren Ankerpunkte, wenn man sich das 20. Jahrhundert als Bogenbrücke vorstellt, nicht ausschließlich, aber nicht zuletzt auch wirtschaftlich begründet werden. Darüber hinaus argumentiere ich entlang der Transformationsgeschichte von Liberalismus, liberalem Denken und liberaler Politikorganisation.

Der erste Zeitbogen beginnt demnach im ausgehenden 19. Jahrhundert, 1880–90, und endet, meiner Vorstellung nach, um 1930 mit der Weltwirtschaftskrise. Mitteleuropa ist hochindustrialisiert, zugleich überspannt der erste Zeitbogen eine Phase in Westeuropa, in der insbesondere in England die Krise des traditionellen Liberalismus aus dem 19. Jahrhundert durchschlägt und die alte Bürgerlichkeit letztlich verschwindet. Der zweite Zeitbogen setzt dann, wie gesagt, um 1930 ein und endet nach meiner Vorstellung 1975. Das ist insofern provokant, als ich den Nationalsozialismus und das Dritte Reich und den Holocaust in einen Zusammenhang mit dem Wiederaufbau und dem sozialen Konsens der Bundesrepublik stelle. Das begründet sich darin, dass 1930 in den beiden Zentralstaaten der Weltwirtschaftskrise – den

Vereinigten Staaten und dem Deutschen Reich, beide besonders stark betroffen von Massenarbeitslosigkeit – sehr ähnliche Reaktionsmuster aufgerufen wurden, um die Krise in den Griff zu bekommen. Das ist in den USA der *New Deal* und auf der deutschen Seite die Mobilisierung der Volksgemeinschaft, auch als Produktionsgemeinschaft. Dabei ist die nationalsozialistische Variante eine radikal anti-individualistische, wohingegen die amerikanische in der Tendenz programmatisch sozial-liberal oder konsensual ist. Im Zweiten Weltkrieg kämpfen diese beiden Staaten und Systeme dann gegeneinander, es gewinnt das amerikanische Modell. Über den Marshallplan als ökonomisches Wiederaufbauprogramm mit klaren Vorgaben, zuvörderst der Verbindung von parlamentarischer Demokratie und Marktwirtschaft, breitet es sich später konzeptionell über Europa aus, wozu auch die vielen deutschen Remigranten beitragen. Auf diese Weise strömen die konzeptionellen Vorstellungen des *New Deal*-Liberalismus in der Form des sozialen Konsenses in die Wiederaufbauzeit ein. Das umreißt in etwa den zweiten Zeitbogen von 1930 bis 1975. Der dritte Bogen setzt schließlich mit der Krise des traditionellen Industriesystems und des sozialen Konsenses sowie der schwindenden Dominanz der keynesianischen Wirtschaftsordnung um 1975–80 ein und spannt sich dann bis zur Finanzmarktkrise. Prägend ist hier der Primat der radikalen Subjektivierung bei gleichzeitiger Ablösung des montanindustriellen Industriesystems durch die Finanzindustrie.

Was wirtschaftspolitisch aufgehen mag, muss etwa kulturgeschichtlich nicht passen – abhängig vom Blickwinkel variieren Epochenzuschnitte, zudem fransen sie an den Rändern aus, bilden sich Überlappungen am Anfang und Ende. Dennoch gehen auch Ihre Zeitbögen von fundamental unterschiedlichen politischen, gesellschaftlichen, kulturellen und ökonomischen Ordnungsvorstellungen aus ...

Lassen Sie mich vorweg eine Bemerkung machen. Wenn ich zum Beispiel primär oder ausschließlich kulturhistorisch argumentieren würde, dann wäre die Zeit zwischen 1966 und 1968 eine klare Zäsur. Ich argumentiere aber eher von einer politökonomischen oder demokratietheoretischen Seite her. Überhaupt muss man sich meiner Ansicht nach davon lösen, dass eine Zäsur oder ein Zeitbogen etwas zu hundert Prozent beendet oder vollständig neu beginnen lässt. Erst wenn man fluktuierende Übergänge mit hineindenkt, kann aus Zeiteinteilungen ein tragfähiges Argument werden, erst dann kann man auch für das Jahr 1979 von einer Zäsur sprechen. Dies ist auch der Grund für meinen Widerstand gegen die politischen Zäsuren, weil die häufig so betrachtet werden, als gehe hier etwas abrupt zu Ende. Am 31. Dezember hört etwas auf, am 1. Januar beginnt etwas Neues: Das gibt es in der

Geschichte niemals. Wir haben etwa in unseren Forschungsprojekten hier in Tübingen schon weit vor der Idee der Zeitbögen einen Gesamtzusammenhang unterstellt, der von den 1920er Jahren bis in die 1970er Jahre reicht. Dieser Zusammenhang geht von einer für das 20. Jahrhundert wesentlichen Altersgruppe aus: den zwischen 1900 und 1910 Geborenen, die in den 1920er Jahren in das öffentliche Leben eintreten und in den 1970er Jahren von der gesellschaftlichen Bühne abgehen. In Deutschland umfassen diese Jahrgänge die Generation des Unbedingten, die radikalen SS-Protagonisten – aber nicht nur. Ihre Angehörigen teilen alle die Erfahrungen der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg, die Erlebnisse des Zweiten Weltkriegs und der Nachkriegszeit, ganz egal, ob sie Amerikaner, Briten, Deutsche, Franzosen oder anderer Nationalität sind. Und sie gestalten ihre Gegenwarten vor dem Hintergrund der eigenen Lebenserfahrung, die alle politischen Zäsuren überwölbt oder unterläuft.

Lassen Sie uns noch einmal zurückkommen auf die durchgreifenden Veränderungen um 1979. Vielfach wird für diese Zeit vom Ende des blinden Fortschrittsglaubens gesprochen. Ist der Fortschritt, als Begriff, Vorstellung und Realität, um 1979 suspendiert worden?

Der zeitlich ältere Gebrauch des Terminus Fortschritt war an bestimmte Vorstellungen gebunden, die in irgendeiner Weise auch im sozialdemokratischen, im sozialistischen oder marxistischen Denken angelegt sind. Unter Fortschritt wurden gesellschaftliche Entwicklungen verstanden, die im Sinne einer allgemeinen Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen dem Menschen dienten. Das kommt aus der Tradition des klassischen Liberalismus und wurde dann durch Marx überhöht. Dieser Fortschrittsbegriff im Sinne eines gerichteten historischen Prozesses verschwindet im Verlauf der späten 1970er Jahre aus der öffentlichen Kommunikation; deswegen würde ich ihn immer in Anführungsstriche setzen. Was seither Fortschritt ohne Anführungsstriche ist, sagen wir ab den 1980er Jahren, ist eine hochgradig beschleunigte Entwicklung der technischen und ökonomischen Modernisierung, verbunden mit mehr als nur dem Gefühl einer erheblichen Zunahme des Veränderungstempos. Wenn wir den Bereich der Digitalisierung und der Computertechnologien betrachten, dann sind die 1980er Jahre das Anbahnungsjahrzehnt, bevor man in der Mitte der 1990er Jahre das *World Wide Web* bereits greifen kann. Die 1980er Jahre sind ein Jahrzehnt gewaltigen technischen und enormen wirtschaftlichen Fortschritts. Nur: Es wird nicht davon gesprochen. Der Begriff des Fortschritts ist in der öffentlichen Kommunikation so gut wie nicht mehr vorhanden.

Das ist für mich ein Symptom dafür, dass es ein bewusstseinsberührendes, politisch und ideologisch grundiertes Verständnis von Fortschritt gegeben hat, welches aber um 1979 bereits weitgehend in der Defensive war. Und dann gab es einen realen Faktor des Fortschritts, der aber nicht mehr bewusstseinsprägend wirkte im Sinne eines Fortschrittsdenkens, also dieser traditionellen Vorstellung einer linearen Höherentwicklung der Gesellschaft, sondern sich erschöpfte im faszinierten Blick auf die rasante Entwicklung der digitalen Welt auf der einen und die ebenso zügellose Entwicklung des Finanzmarktes auf der anderen Seite – beides verbunden mit einem Zuwachs an Möglichkeiten, schnell und viel Geld zu verdienen. Insofern ist der Fortschritt nicht weg. Allerdings verschwindet das Bewusstsein von Fortschritt und taucht erst in den 1990er Jahren in den Köpfen der Protagonisten und Profiteure des Finanzmarktes wieder auf.

Die Krise der Fortschrittsidee in Verbindung mit technologischen Quantensprüngen, ein Unbehagen an der Modernisierung bei extremer Beschleunigung des sozialen Wandels: Ist das eine singuläre Erscheinung am Ende der 1970er Jahre? Oder gibt es hier, wenn man das Fin de Siècle mit dem Jahrtausendwechsel vergleicht, gewisse Gemeinsamkeiten?

Mit Blick auf die Jahrhundertwenden, die um 1900 und jene um das Jahr 2000, gibt es eine starke Parallelität. In der Hochindustrialisierung, die in den 1880er Jahren beginnt, setzt eine immer weiter zunehmende Beschleunigung sozialer und kultureller Transformationen ein. Das führt dazu, dass die Mitlebenden häufig nicht mehr wissen, ob das, was gestern noch verbindlich gewesen ist – bspw. das soziale, das räumliche, das berufliche Umfeld –, morgen noch Gültigkeit besitzt oder ob das alles im Schwinden begriffen ist. Hieraus folgen Gegenreaktionen, seitens der Lebensreformbewegung und – am prominentesten – der Jugendbewegung, die versuchen, aus diesem beschleunigten Veränderungsprozess auszusteigen. Daraus entwickelt sich im kulturellen Bereich der sogenannte Antihistorismus: eine intellektuelle und ideelle Bewegung, die den liberalen Fortschrittsgedanken zugunsten eines Ausstiegs aus der Geschichte und der Fixierung auf die absolute Geltung der Gegenwart suspendiert. Dieses Denken zieht sich durch den Ersten Weltkrieg hindurch und erreicht seinen Höhepunkt in den 1920er Jahren. Auch in den späten 1990er Jahren des 20. Jahrhunderts gibt es eine solche Phase des nun *Posthistoire* genannten Glaubens an ein Ende der Geschichte, zugespitzt bei Francis Fukuyama, der den – inzwischen widerlegten – endgültigen Sieg des Westens verkündet. Die Weltgeschichte, so heißt es jetzt, hat ihr evolutionäres Ziel erreicht. Und denjenigen, die das Veränderungstempo, den Niedergang

der Traditionsindustrien, die Digitalisierung und Vermarktlichung der Lebensform verbunden mit einem starken Vorrang des individuellen Ich vor dem gemeinschaftlichen Wir in einer sozialen *Community* – denjenigen, die das alles nicht wollen und sich davon überfordert fühlen, denen bleibt ebenso wie um 1900 nur der Rückzug, der Ausstieg aus dem Mitvollzug der Beschleunigung. Auf der einen Seite also sehen wir Beschleunigung – das kann man als Fortschritt bezeichnen, wenn man dies will – und auf der anderen Seite gleichzeitig eine Reaktion darauf, den Ausstieg aus den real gegebenen Fortschrittsdynamiken der jeweiligen Zeit. Das eine, die Hochgeschwindigkeit, schließt nicht aus, dass die Leute aussteigen, vor einem Jahrhundert ebenso wenig wie heute. Sehr viel im Umfeld der Grünen und überhaupt der sozialen Bewegungen etwa basiert letztlich, in Reaktionen auf beschleunigte Veränderungen, hierauf und markiert Versuche, in irgendeiner Art und Weise sozialkulturelle Inseln des Anhaltens zu bilden.

Fortschrittskritik und Ausstieg scheinen, Sie deuten es an, ein überzeitliches Phänomen zu sein. Was die Lebensreform und die Jugendbewegung oder auch die Anthroposophie um die Jahrhundertwende waren und was sich in Impulsen zum Ausstieg aus dem Industriezeitalter im Rahmen der Ökologiebewegung in den 1970er Jahren niederschlug: Knüpfen daran modische Zeitrends wie zum Beispiel das urbane Gärtnern, letztlich das ganze Themenspektrum des Do-it-yourself, die Wiederkehr von Genossenschaften und kleinen Kombinat, die wieder anfangen, gemeinwohlorientiert und dem Allmende-Gedanken verhaftet Dinge anders zu machen – knüpfen die daran nahtlos an?

Das halte ich für sehr wichtig, und es ist meiner Ansicht nach auch unbestreitbar. Es handelt sich um Reaktionen auf die radikale Individualisierung und Subjektivierung, um die Suche nach anderen, neuen Orientierungsmustern und eine Gegenbewegung zu jener Ideologie, die aus dem Finanzmarktkapitalismus hervorgegangen ist: Jeder steht als Subjekt, als Individuum im ewigen, allumfassenden Wettbewerb. Dabei kann das Individuum ein Mensch sein, eine Firma oder ein Konzern. Dieses jeweilige Subjekt befindet sich grundsätzlich im permanenten Wettbewerb mit anderen. Wettbewerb ist etwas anderes als Konkurrenz. Im Wettbewerb kann immer nur einer gewinnen, vorne steht der Sieger – und die anderen zählen nicht. Gegenstrategien dazu werden im kirchlich-sozialen Spektrum formuliert, im anthroposophischen Milieu der Modernisierungsskeptiker, nicht zuletzt bei den Esoterikern, die eine richtige Hochkonjunktur erlebt haben, die sich erst seit Kurzem langsam wieder abschwächt. Und im Bereich der ökologischen Landwirtschaft gibt es eine nicht bloß unbewusste Rückbesinnung,

sondern eine ganz dezidierte Neuhinwendung zu Gemeinschaftsböden. Dabei sind diese neuen Gemeinschaften obendrein vollkommen modern und gerade nicht restaurativ oder gar reaktionär – was sichtbar wird etwa an der selbstverständlichen Nutzung sämtlicher Kommunikationsmöglichkeiten und Vernetzungsmöglichkeiten der digitalen Revolution. Sie versuchen nur, der radikalen Subjektivierung, der Vereinzelung des Menschen und seinem »Verschleiß« im ökonomischen Verwertungsprozess zu entrinnen. Hinzu kommen auf der persönlichen Ebene finanzielle Engpässe, die einen zusätzlichen Reiz ausüben mögen, Dinge zu tun, die nicht viel Geld kosten und jeden Menschen partizipieren lassen, wo etwas gemeinsam angebaut, organisiert, erwirtschaftet wird. Diese Art der emotionalen, sozialen und kulturellen Unterstützung hat Michael Walzer mit seinem Kommunitarismus in den 1990er Jahren populär gemacht. Hier sehen wir eine mögliche Reaktion auf die frühen Formeln des Neokonservatismus.

Sind der Neokonservatismus und ein reflexiv gewordener Liberalismus dann die zentralen Signa jener Phase nach 1979? Und wie passt der Siegeszug des Wirtschaftsliberalismus zu der Defensive, in welche der gesellschaftskulturelle Freisinn zeitgleich gerät?

Wenn man bezogen auf 1979 sagt, dass seinerzeit gesellschaftliche und kulturelle Liberalisierungen erkennbar reflexiv geworden sind oder zu werden beginnen, dann läuft dergleichen nicht automatisch und schon gar notwendig auf eine Renaissance des Konservatismus hinaus. Liberal und konservativ sind ja nicht die einzig existierenden Gegenbegriffe. Die Art der Liberalisierung in den 1960er Jahren, nach dem Motto »Es geht alles nach vorne«: Das war tatsächlich Fortschrittsdenken in Reinform. Emanzipation und Selbstverwirklichung, die individuellen Entfaltungsmöglichkeiten: Das alles ist außerordentlich wichtig und wird in dieser Bedeutung auch gesellschaftlich akzeptiert, und zwar bis in die Rechtsprechung, die Umgangsformen und nicht zuletzt die Paarbeziehungen hinein. Wenn das alles 1979 reflexiv wird, dann folgt daraus nicht zwangsläufig ein konservativer Rückschwung. Es heißt nur, dass stattdessen etwas anderes entsteht. Innerhalb der neuen sozialen Bewegungen bspw. wird zwar einerseits immer noch von Emanzipation und Selbstverwirklichung gesprochen; andererseits aber tritt neben die neugewonnene Permissivität ein überkommen geglaubtes Verbotendenken. Diese oder jene Dinge, tönt es nun, dürfen nicht mehr gemacht, bestimmte Schwellen nicht überschritten werden. Die Stichworte lauten: Ökologie, Abgase, Waldsterben, Umweltverschmutzung ganz allgemein. In einem solchen Moment entsteht ein neues Modell der Restriktivität, das nicht

zwangsläufig konservativ ist, aber einem anderen Verständnis der Verbesserung der Welt anhängt, als es für die industrielle und chemisch-technische Moderne des zweiten Zeitbogens typisch ist. Das bedeutet – nochmals – keineswegs, dass eine reflexiv gewordene Liberalisierung in einen neuen Konservatismus mündet. Die Leute in den neuen sozialen Bewegungen sind nicht konservativ. Sie sind grün, sie sind stark engagiert und pflegen einen Lebensstil, der die unbekümmerte Grenzenlosigkeit infrage stellt. Insofern ist das, was dann in der Liberalisierung der 1960er/70er Jahre reflexiv wird, nicht konservativ, sondern es kann durchaus weiter in die Zukunft weisen und auf Zukunftsgestaltung abzielen. Wie man die derartigen Denkmuster und Verhaltensweisen freilich klassifizieren soll, das wiederum ist zwischen unseren Disziplinen, der Politik- und der Geschichtswissenschaft, noch keineswegs ausgemacht.

Wie verhält es sich denn aber nun mit dem Neoliberalismus?

Zunächst wird man die Tatsache zur Kenntnis nehmen müssen, dass auf der amerikanischen Seite von *Neo-Conservatism* und auf der europäischen von Neoliberalismus gesprochen wird. Das hängt realhistorisch damit zusammen, dass in den Vereinigten Staaten die Begriffe Liberalismus und Liberale als Bezeichnungen für eine politische Richtung und deren Anhänger nicht üblich sind. Die linksliberale Partei nennt sich Demokratische Partei. Deswegen wird in den USA der Wandel von der Industriegesellschaft zum Finanzmarktkapitalismus schlicht als eine neue Form von Konservatismus bezeichnet. In England existieren die Begriffe Neoliberalismus und Neokonservatismus meinem Wissen nach hingegen relativ gleichwertig nebeneinander.

Viel entscheidender aber scheint mir, dass wir bis heute nicht wirklich wissen, was mit Neoliberalismus eigentlich gemeint ist. Sollte das so sein, dann ist der Terminus Neoliberalismus nur ein Etikett, das auf gesellschaftliche, politische und wirtschaftliche Phänomene geklebt wird, ohne dass man sie erklären könnte. Und wenn dies wiederum zutreffen sollte, dann müsste man die Frage stellen, ob denn der Neoliberalismus überhaupt eine neue Form von Liberalismus in der Tradition des europäischen Liberalismus seit der Aufklärungsepoche ist. Da kann man auch skeptisch sein. Man könnte sagen, der Finanzmarktkapitalismus mit seinem Durchbruch ab 1995–2000 stellt eine Rückkehr zum Manchesterliberalismus dar. Da bin ich allerdings skeptisch. Oder man sagt, dieser Durchbruch einer neuen Form des Neoliberalismus ist etwas Neues und bedarf der begrifflichen Bestimmung. Dann wäre Neoliberalismus bis jetzt tatsächlich nur ein

**ZEITWENDE
ÖKONOMISIERUNG
REFLEXIVEMISERNE
NATODOPPELBECHLUSS
NEOLIBERALISATION**



Schlagwort derjenigen, die ihn kritisch verwenden – eine Art zeitgenössischer Kampfbegriff, um etwas zu adressieren, das man kritisiert. Die Frage: »Ist der Neoliberalismus eine neue Form des westlichen Liberalismus oder stellt er ein neues Phänomen dar?«, diese Frage ist meiner Ansicht nach bis heute ungelöst. Und sollte der Neoliberalismus etwas Neues sein, so wäre zu klären, ob es sich bei ihm um eine Ideologie handelt, die in die Leerstelle hineintritt, die das Ende des Ost-West-Konflikts mit dem Wegfall der antithetischen Ideologien des Westens und des Ostens gerissen hat. Wenn der Neoliberalismus in diese Leerstelle des Ideologiesystems hineinstoßen sollte, würde sich des Weiteren die Frage stellen: Gibt es eine Gegenideologie? Und wo wäre sie aufzufinden, im Islamismus etwa? Ein Ethnologe würde diese These vermutlich bestreiten.

Sind diese Fragen auflösbar? Und wer könnte sie auflösen?

Bis heute sind das alles Fragen, welche die Sozialwissenschaften und die Zeitgeschichte nicht beantworten können. Die Fragen nach dem Ideologiecharakter und dem Vorhandensein einer Gegenideologie legen eine Zusammenarbeit nahe. Beide Seiten, die Sozialwissenschaften einerseits, die Zeitgeschichte andererseits, können komplementäre Beiträge leisten bei der Vermessung der Lebens- und Arbeitswelten von Arbeitnehmern in einer neuen industriellen Gesellschaft, die primär von der Finanzwelt und nicht mehr von den produzierenden Industrien geprägt wird. Da sind die Soziologen mit der Erhebung der Sozialdaten unsere Partner; allerdings können die Soziologen nicht sehr weit zurückdenken, weil ihre Sozialdaten meistens einen Zeitraum von nicht mehr als 15 Jahren umfassen. Historiker brauchen längere Zeiträume, um erklären zu können. Da wird es für uns oder zwischen der Soziologie und der Geschichtswissenschaft schwierig. Zwischen Politologen und Zeithistorikern gibt es dort Reibungspunkte, wo die Politologen vorgegebene Trends fortzuschreiben und Zukunftsprognosen abzugeben versuchen. Diese Gefahr besteht besonders dann und insofern, wenn Politologen in Forschungsprogramme gegossene Erkenntnisinteressen der Politik bedienen. Das ist für Zeithistoriker kaum einzulösen. Insofern muss man für jeden Einzelfall sehen, ob sich die Disziplinen sinnvoll ergänzen, sodass angeraten ist, gemeinsame Forschungsvorhaben anzustoßen, bei denen die Fächer zusammenkommen. Die Sozialwissenschaften ebenso wie die Zeitgeschichte sind gehalten, im Rahmen ihrer jeweiligen Methodik, Wege und Möglichkeiten zu finden, um die Abkehr von der keynesianischen Wirtschafts- und Sozialkultur des sogenannten sozialen Konsenses und ihre Ablösung durch einen radikalen Subjektivismus und eine entfesselte Wettbewerbslogik in

der Zeit von 1974 bis 1978 erstens zu beschreiben und zweitens anhand der fachspezifischen Quellen zu analysieren. Soziologen haben, plakativ gesprochen, Zahlenreihen; Politologen bedienen sich der Meinungsforschung; und die Historiker setzen sich auseinander mit dem, was zeitgenössisch zu fassen ist: mit Presseartikeln, Interviews und anderen Quellen. Die verschiedenen Zugänge müsste man, wiederum im Einzelfall, deklinieren und voneinander abgrenzen.

Können die Fächer voneinander auch etwas lernen?

Ich zumindest empfinde den Umgang zwischen Politologie und Geschichtswissenschaft als reizvoll. Die Politologie hat die Stärke und oftmals auch die Aufgabe, tatsächlich erkennbare Trends in die Zukunft weiterzudenken. Und dazu hat sie auch gewisse Methodiken entwickelt. Die haben wir nicht; unser Wissen endet mit der klaren Aussage, dass das, was heute ist, aus dem oder jenem Grund entstanden ist. Das können wir erklären. Aber wie es weitergeht, können wir nicht sagen – oder sollten zumindest die Finger davon lassen.

Welche offenen Fragen lassen sich, als Essenz dieses Gesprächs, über 1979 hinaus noch stellen?

Worüber wir noch gar nicht gesprochen haben, das ist, wie sich eigentlich der Prozess der radikalen Subjektivierung und Individualisierung auf die Demokratie, die real existierende parlamentarische Demokratie, auswirkt. Das ist ein höchst wichtiges Thema. Die amerikanische Politologin Wendy Brown behauptet, der Neoliberalismus zerstöre die Demokratie. Bei Colin Crouch liest sich das ähnlich. Welche Folgen hat das veränderte Sozialverhalten, das sich vor allem bei den Jüngeren in einer Entbindung von den Parteien und einem Rückgang kontinuierlicher politischer Partizipationsbereitschaft niederschlägt? Das ist ja auch kein konservativer Effekt, sondern etwas völlig Neues. Wir wissen aber noch gar nicht, wie wir das Neue benennen sollen. Das ist intellektuell sehr reizvoll; mit Blick auf das gesellschaftliche Zusammenleben empfinde ich zugleich ein gewisses Unbehagen.

Wenn Sie in Ihren Arbeiten von dem liberalen Ordnungsmodell als dem in den Großkonflikten der letzten hundert Jahre im globalen Maßstab jeweils siegreichen sprechen, das sich in jedem der drei Zeitbögen gegenüber wechselnden Gegenmodellen durchgesetzt habe, dem monarchischen im Ersten Weltkrieg, dem faschistischen im Zweiten Weltkrieg, dem sowjetkommunistischen im Kalten Krieg, ...
... zumindest vorherrschend, nicht unbedingt siegreich ...

... und das sich auszeichnet vor allem durch die Marktwirtschaft und die Demokratie; wenn außerdem demokratische Ordnungen bisher stets in Verbindung mit dem Herrschaftsgefüge des Nationalstaats gedacht worden sind: Folgt daraus dann, dass wir vor dem Hintergrund der auch von Ihnen konstatierten Erosion nationalstaatlicher Autonomie und Regelungsmacht aktuell an einem Punkt stehen, an dem das liberale Ordnungsmodell nach seinem vermeintlich endgültigen Triumph über sämtliche seiner Gegner vor seinem eigenen Ende steht?

Das können wir noch nicht wissen. Auszuschließen ist es nicht. Im Moment spricht ja wieder vieles dafür, dass wir in eine ziemlich nationalistische Phase eintreten. Das ist auch keine konservative, sondern das wäre wiederum eine neue Phase einer nationalistisch unterfütterten Intoleranz oder Veränderung des Toleranzpotenzials in der Gesellschaft. Ob die Prinzipien der Liberalität, wie wir sie kennen, aufrechterhalten werden können, das ist offen. Und zwar ist diese Form des Liberalismus, der Liberalität, gebunden an die unangetastete Existenz von Rechtsstaatlichkeit, an die Existenz des staatlichen Rahmens, der für die Gesellschaft den Ordnungsrahmen darstellt. Und innerhalb dieses Rahmens gilt die Verbindlichkeit nicht nur von Recht und Gesetz, sondern einer funktionsfähigen Ordnung, in der sich die Leute nach ihrer Selbstbestimmung zurechtfinden und entfalten, sich emanzipieren können. Ob das so erhalten bleibt, können wir derzeit nicht absehen. Der staatliche Rahmen erscheint auch deshalb fluktuierend, weil wir nicht wissen, welcher der dominierende ist: der nationalstaatliche oder der europarechtliche oder der europapolitische. Darüber kann man meiner Ansicht nach noch nicht viel sagen. Aber die Veränderungen in der parlamentarischen Demokratie durch den Rückgang der Unterstützung für die Parteien oder der Parteimitgliedschaften – konkret: wenn eine Partei wie die SPD bei derzeit knapp über zwanzig Prozent pendelt –: Was eigentlich heißt das alles?

Das Interview führten Michael Lühmann und Matthias Micus.



Prof. Dr. Anselm Doering-Manteuffel, geb. 1949, ist Professor für Neuere Geschichte und Direktor des Seminars für Zeitgeschichte der Universität Tübingen (1991 bis 2016). Seine Arbeitsschwerpunkte liegen im Bereich der deutschen Geschichte des 20. Jahrhunderts, des transatlantischen Ideentransfers und der zeithistorischen Analyse der Vorgeschichte der Gegenwart.